

Jans wirbt für Lösung mit EU

Qualität sei in den Verhandlungen wichtiger als Tempo, sagt der Bundesrat

TOBIAS GAFAFER

Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über ein neues Vertragspaket sind in die heisse Schlussphase getreten. Es geht um schwierige Themen wie die Schutzklausel im Freizügigkeitsabkommen, die der Bundesrat konkretisieren will, sowie die Kohäsionsbeiträge. Anfang Woche hat die Europäische Union den Druck erhöht. Der EU-Kommissar Maros Sefcovic und Vertreter der Mitgliedstaaten erteilten einer Schutzklausel, die Bern einseitig anrufen würde, öffentlich eine Absage. Trotz strittigen Fragen drückt Sefcovic aufs Tempo: Er will die Verhandlungen bis Ende Jahr abschliessen.

Direkte Demokratie wahren

Vom Bundesrat war in den letzten Monaten wenig zu vernehmen. Grundsätzlich strebt auch die Schweiz einen Abschluss der Verhandlungen bis Ende Jahr an. Am Mittwoch stellte der Vizepräsident des Justizdepartements, Beat Jans, aber klar, dass Qualität wichtiger als Tempo sei. Zur Schutzklausel sagte er, die Verhandlungen mit der EU liefen. Der Bundesrat werde die Ergebnisse beurteilen und entscheiden, ob er das Abkommen unterzeichne. Eine Möglichkeit sei, dieses über die Schweizer Gesetzgebung abzufedern.

Jans gehört dem bundesrätlichen Europa-Ausschuss an. Er sprach an einem Anlass des Europainstituts der Universität Zürich und der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik.

Für den viel kritisierten SP-Magistraten war der Auftritt ein Heimspiel.

Jans hatte im Sommer mit einem Plädoyer für die «Bilateralen III» in der NZZ für Aufsehen gesorgt. Die Gegner priesen den Alleingang und warnten vor einem Verlust der Souveränität, schrieb er. Dabei stärke man diese in einer komplexen Welt, indem man die Beziehungen mit wichtigen Partnern kläre und verstetige. Der Beitrag stiess bei SVP-Exponenten und EU-Skeptikern erwartungsgemäss auf Kritik, führte aber auch in anderen Departementen zu Irritationen.

Am Mittwoch war Jans bemüht, sich an die Terminologie des Bundesrats zu halten. Von den «Bilateralen III» sprach er nicht mehr. Ob es mit der EU eine Einigung gebe, liess er offen. Errungenschaften wie die direkte Demokratie und der Service public müssten gewahrt werden, sagte er. Die Zuwanderung aus der EU müsse am Arbeitsmarkt orientiert bleiben, und die Löhne und das Sozialsystem müssten weiterhin geschützt werden. «Denn eine Annäherung an die EU, welche diese Errungenschaften infrage stellt, wäre chancenlos.» Ob die Schweiz diese Ziele erreiche, lasse sich beantworten, wenn das Verhandlungsergebnis vorliege.

Jans machte aber auch klar, dass es stabile Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedstaaten, den wichtigsten Partnern, brauche. «Es gibt für die Schweiz wahrscheinlich nicht noch viele weitere Chancen, das bilaterale Verhältnis zu stabilisieren», antwortete er auf eine Frage.

Als Justizminister sei ihm die Rechtssicherheit besonders wichtig. Deshalb

sei er überzeugt, dass es eine Stabilisierung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs brauche. «Verbindliche Regeln, auf die man sich auch in ausserordentlichen Situationen verlassen kann, sind für beide Partner wichtig.» Rechtssicherheit im Streitfall schiebe Machtgier und Willkür einen Riegel.

«Immer wieder Falschaussagen»

Jans kritisierte zudem erneut Behauptungen der Gegner des Vertragspakets. Die geplante dynamische Rechtsübernahme wäre nicht automatisch. Sie bringe auch Vorteile, weil die Schweiz sich bei neuen EU-Binnenmarktregeln einbringen könnte. «Dem sagt man «decision shaping.»

Auch bei der Streitbeilegung kursierten immer wieder Falschaussagen, etwa der Europäische Gerichtshof (EuGH) habe künftig das letzte Wort. Dabei lege der EuGH europäisches Recht aus und das Bundesgericht Schweizer Recht. Über Streitigkeiten würde weder das eine noch das andere Gericht entscheiden, sondern ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht.

Kein gutes Haar liess Jans an der Initiative der SVP gegen eine 10-Millionen-Schweiz. Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit würde gemäss dem Bundesrat den bilateralen Weg grundsätzlich gefährden. Dies würde nicht nur zum Wegfall der Bilateralen I führen, sondern auch die Abkommen von Schengen und Dublin infrage stellen. Das könnte zu mehr irregulärer Migration führen und die Bekämpfung der Kriminalität erschweren.

Scharfe Kritik von links am Bundesrat

Schweiz setzt nicht alle EU-Sanktionen gegen Russland um

(sda) · Die Schweiz hat ihre Sanktionen gegen Russland wegen des Krieges in der Ukraine weiter verschärft. Unter anderem ist es politischen Parteien, NGO und Medien neu verboten, Spenden der russischen Regierung anzunehmen. Damit soll die Einflussnahme Russlands auf die demokratischen Prozesse in der Schweiz begrenzt werden, wie der Bundesrat am Mittwoch mitteilte. Ausnahmen seien jedoch «für die Wahrnehmung des Rechts auf Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit vorgesehen».

Die Regierung habe an ihrer Sitzung entschieden, die meisten Sanktionsmassnahmen der EU vom Juni dieses Jahres zu übernehmen. Die neuen Massnahmen treten an diesem Donnerstag in Kraft. Zurzeit stehen 2250 natürliche Personen, Unternehmen und Organisationen in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine auf der Sanktionsliste.

Mit dem neuen Beschluss würden ausserdem Exportbeschränkungen für Güter zur Stärkung von Russlands Industrie, Militär und Technologie weiter verschärft, hiess es. Die Liste der Unternehmen, die von strengeren Beschränkungen betroffen sind, werde um 61 Entitäten ergänzt. Rund die Hälfte von ihnen befände sich in Drittstaaten und stehe in Verbindung zum russischen Militär.

Keine Alternativen für Swift

Weiter wird Banken künftig verboten, Alternativen zu Swift für den Zahlungsverkehr zu verwenden. Auch Einrichtungen, die Krypto-Dienstleistungen anbieten und Transaktionen zur Unterstützung

der russischen Rüstungsindustrie ermöglichen, werden verboten. Untersagt werden ausserdem Investitionen in Flüssigerdgasprojekte in Russland, die sich im Bau befinden. Auch Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Weiterverladung von russischem Flüssigerdgas werden nicht mehr erlaubt sein. Zudem dürfen 27 Schiffe, die militärische Güter nach Russland liefern, geplündertes Getreide transportieren oder die Preisobergrenzen für russische Erdölzeugnisse umgehen, nicht gekauft oder betrieben werden. Und es dürfen den Betreibern keine Finanzdienstleistungen erbracht werden.

Der Bundesrat habe ausserdem die Rechtsgrundlage geschaffen, damit Schweizer Unternehmen vor Schweizer Gerichten Schadenersatzforderungen geltend machen können, wenn sie in Russland durch Prozesse, Sanktionen oder Enteignungen Verluste erlitten haben.

«Skandalöser Entscheid»

Zu reden gaben aber nicht jene Sanktionen, die der Bundesrat übernommen hat – sondern eine Auslassung. Sehr scharfe Kritik kommt von links. Die SP schreibt von einem «skandalösen Entscheid», der Bundesrat schütze Kriegspoliteure, indem er Sanktionen gegen Tochtergesellschaften von Rohstoffhändlern nicht übernehme. Der Bundesrat erklärt, die Schweiz habe bereits nach geltendem Sanktionsrecht die Mittel, Umgehungen über Tochtergesellschaften zu verfolgen, und sie tue dies aktiv. Deshalb habe sich der Bundesrat der entsprechenden EU-Bestimmung nicht angeschlossen.

Ist das lustig oder ein Argument gegen SRF?

Instagram-Beitrag über Stau verärgert die Junge Mitte

PHILIPP GOLLMER

Es ist eines dieser Kuchendiagramme, wie es sie im Internet tausendfach gibt. Eine Frage oder Aussage, mehrere Antwortmöglichkeiten und eine gefühlte Wahrheit, die sich in der Verteilung der einzelnen Kuchenstücke abzeichnet. In gelungenen Fällen ist das witzig. Etwa bei der Autorin Katja Berlin, deren «Torten der Wahrheit» in der «Zeit» erscheinen.

In anderen Fällen geht es schief. Zum Beispiel diese Woche auf dem Instagram-Kanal von SRF 3. Dort erschien am Montag ein Beitrag mit einem Kuchendiagramm und der Überschrift: «Was gegen Stau hilft». Darunter ein Kreis mit drei Antwortmöglichkeiten. Hellblau für mehr Autobahnspuren, Dunkelblau für mehr Tunnelröhren und Hellgrün für weniger Autos. Der Kuchen im Beitrag ist komplett hellgrün eingefärbt. Die transportierte Aussage ist klar: Nur weniger Autos helfen gegen Stau.

Beiträge derselben Machart erscheinen auf dem Instagram-Kanal von SRF 3 jede Woche. Brisanz erhält dieses Kuchendiagramm, weil das Schweizer Stimmvolk am 24. November über den Ausbau der Autobahnen abstimmt. Gegen die Vorlage wurde das Referendum ergriffen. Während die Gegner argumentieren, dass der Ausbau überdimensioniert und klimaschädlich sei, halten die Befürworter den Ausbau für nötig, um die Sicherheit zu erhöhen – und um Staus zu vermeiden.

«Verstoss gegen Sorgfaltspflicht»

Unter dem Stau-Beitrag von SRF 3 sammelt sich Kritik. Auch die Junge Mitte kommentiert den Beitrag. Sie schreibt: «Was läuft denn hier falsch? Eigentlich finden wir eure Inhalte super, aber dieser Post ist alles andere als ausgewogen und verstösst im Vorfeld der Abstimmung gegen eure erhöhte Sorgfaltspflicht.» Ob SRF 3 nicht mitbekommen habe, dass es

eine Initiative gebe, die der SRG wegen genau solcher Aktionen die Gelder kürzen möchte, heisst es weiter. Dabei spielt die Junge Mitte auf die Halbierungsinitiative von SVP und Jungfreisinnigen an. Diese will, dass die Radio- und Fernsehgebühren auf 200 Franken gesenkt und Gewerbetreibende von der Gebührenpflicht befreit werden sollen. «Wieso macht ihr euch und allen, die sich für eine starke SRG einsetzen, das Leben schwer», fragt die Junge Mitte. Und schreibt: «Wir verlangen, dass dieser Post gelöscht wird.»

Beanstandung angekündigt

Die Junge SVP, wie um das Argument der Jungen Mitte zu illustrieren, bezeichnet den Beitrag auf X prompt als «Einmischung in den demokratischen Diskurs durch öffentlich-rechtliche Medien». Sie kündigt an, den Beitrag von SRF 3 bei der zuständigen Ombudsstelle zu beanstanden. Auch von der FDP melden sich kritische Stimmen.

SRF selbst sieht kein Problem. Die Medienstelle schreibt auf Anfrage: «Mit dem bewusst zugespitzten Post wollte SRF 3 mittels Comedy und Satire unterhalten.» Satire sei ein zulässiges und erwünschtes Mittel der Unterhaltung und der demokratischen Auseinandersetzung. Solange sie keine explizite Wahl- oder Abstimmungsempfehlung enthalte, seien dabei auch einseitige Meinungsäusserungen möglich. «Der Beitrag wird nicht gelöscht», schreibt die Medienstelle weiter.

Marc Rüdüsüli ist Präsident der Jungen Mitte. Er bezeichnet den Beitrag im Gespräch als «unnötig». «Ich habe nichts gegen Satire und Comedy», sagt er. Das dürfe auch bei SRF Platz haben. Wenn ein Argument nur einseitig dargestellt werde und das so kurz vor einer Abstimmung, sei es jedoch heikel. Zumal der Beitrag nicht klar als Satire markiert gewesen sei. «Hier hat SRF für uns die Sorgfaltspflicht, die auch in den Richtlinien festgelegt ist, nicht eingehalten», sagt Rüdüsüli.

ANZEIGE

Konzert und Theater St. Gallen

Ab 19.10.24
Grosses Haus

mit Heidi Maria Glössner und Michael von der Heide

THE ROCKY HORROR SHOW

RICHARD O'BRIEN'S

Mit grosszügiger Unterstützung:
Hauptsponsor:
ZÜRICH
Co-Sponsor:
OSTSCHWEIZ DRUCK
Medienpartner:
TAGBLATT
Blick FM1

BY ARRANGEMENT WITH ATG ENTERTAINMENT GMBH AND THE ROCKY HORROR COMPANY LTD.